

Über die Schwierigkeiten des politischen Sprechens in der Demokratie

I.

Die Sprache der Politik ist in den letzten Jahren ins Gerede geraten. Publizisten, Wissenschaftler der einschlägigen Branchen, Leserbriefschreiber und natürlich auch Politiker beschäftigen sich nicht nur im deutschen Sprachraum kritisch mit der politischen Sprache. Zwei Hauptangriffspunkte kristallisieren sich im vielfältigen Beschuß der Kritik heraus: Erstens der Vorwurf, Sprache werde im politischen Kontext fast reflexartig verwendet, nahezu automatisch würde auf Formeln und Leerformeln zurückgegriffen, wo Konkretion und Präzision gefordert sei, und zweitens der Vorwurf, Sprache werde zu manipulativen Zwecken eingesetzt, sie werde also von ihrer kommunikativen Aufgabe zugunsten einer der Politik nützlichen Manipulationsstrategie entfremdet. Beide Vorwürfe treffen sich in dem Generalverdacht, die Sprache der Politik diene nicht der Kommunikation zwischen Regierenden und Regierten, sondern sie schließe die wahren Absichten der Regierenden hermetisch ab von der Urteilsfähigkeit der Regierten.

Dieser Angriff auf die politische Sprache ist ebenso wenig eine neue Entwicklung wie die Klagen über die angebliche Verseuchung der Hochsprache durch Fremdwörter oder die ostinate Kritik an den sich in Elfenbeintürmen abschließenden Fachsprachen der Wissenschaft. Gemeinsames Motiv für diesen Dreifrontenkrieg der Sprachkritik ist die Forderung nach Erhöhung der "Verständlichkeit", nach Verbesserung der kommunikativen Teilnahmekancen aller Bürger.

Der sprachliche Exotismus der Wissenschaft wird zwar beklagt, aber doch im wesentlichen als unvermeidbar hingenommen. Und auch die kontrapunktisch geführte Klage über den epidemischen Befall der deutschen Sprache durch Fremdwörter findet regelmäßig nur Widerhall bei beruflich oder sachlich besonders enthusiasmierten Benutzern der deutschen Sprache. Anders ist dies bei der politisch begründeten Kritik an der Sprache der Politik. Indem sie der Sprache der Politik mangelhafte Verständlichkeit – als Intention oder Ergebnis von Unvermögen – unterstellt, wird sie selbst zum Politicum, das den Streit der Meinungen herausfordert.

Denn die Kommunikation über Politik in der Demokratie setzt eine "Sprache für alle" voraus, wie sie vor dreihundert Jahren von Gottfried Wilhelm Leibniz gefordert wurde. Seine vordemokratische Begründung für die Notwendigkeit einer "Sprache für alle", um "lust und liebe zu Weisheit und tugend bey den Teutschen heftiger (zu) machen", läßt sich mit geringem Aufwand an Phantasie als Begründung der sprachlichen Voraussetzungen der Demokratie transportieren: "bey der ganzen nation aber ist geschehen, daß diejenigen, so kein latein gelernet, von der wißenschaft gleichsam ausgeschlossen worden, also bey uns ein gewißer geist und scharffsinnige gedanken, ein reiffes urtheil, eine zarthe empfindlichkeit deßen so wohl oder übel gefaßet, noch nicht unter den Leuten so gemein geworden, als wohl bey den ausländern zu spüren, deren wohl ausgeübte Muttersprach wie ein rein polirtes glas gleichsam die scharffsichtigkeit des gemüths befördert und dem Verstand eine durchleuchtende clarheit giebt".¹ Wollte Leibniz die "Sprache für alle" als mächtiges Instrument der Aufklärung in Stellung gebracht sehen, so läßt sich dies heute leicht als ein Plädoyer für mehr demokratische Partizipationschancen verstehen.

Hier drängt sich die Frage auf, ob ein Plädoyer für eine politische "Sprache für alle" nicht hinter der Entwicklung herläuft; ob nicht die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, daran mitgewirkt haben, das Fundament für einen politischen Sprachgebrauch zu legen, dessen Verstehbarkeit die Grenzen des politischen Interesses weit gesprengt und zusätzliches politisches Interesse entfacht hat; ob die Kritik an der "Verständlichkeit" der politischen Sprache nicht eher als Beweis dafür zu gelten hat, daß eine politische Sprache für alle ganz andere Schwierigkeiten aufwirft als die der Verständlichkeit.

II.

Bevor diese Fragen untersucht werden können, müssen einige Feststellungen über die Leistungen der Sprache in der politischen Auseinandersetzung getroffen werden. Denn auf die Sprache der politischen Propaganda konzentriert sich der Kampf der politischen Gruppierungen um Zustimmungsbereitschaft, die sprachlich erzeugt werden soll. Hier erläutert die handelnde Politik ihre Ziele und Begründungen und stellt sich Herausforderungen konkurrierender Machtansprüche, wenn und solange Gewaltanwendung als Mittel des politischen Kampfes ausgeschlossen bleibt. Weil die sprachliche Auseinandersetzung über Politik hauptsächlich in diesem Feld stattfindet, ist es verständlich, daß es oft mit der "Sprache der Politik" gleichgesetzt wird.

Typologie oder Terminologie dieses Sprachfeldes sind ausgerichtet auf die Selbstdarstellung und -rechtfertigung der Politik. Zwischen Wahlrede und Parteiprogramm, zwischen Pressegespräch und Fernsehinterview, zwischen parlamentarischer Rede und Regierungserklärung bestehen zwar graduelle Unterschiede im Adressatenkreis und deshalb auch im konkreten Gehalt der Aussagen. Gemeinsam ist diesen Haupttypen politischen Sprechens jedoch, daß sie Formen für die Darlegung und Begründung politischer Ziele in der Öffentlichkeit anbieten. Dabei unterscheiden sich Parteiprogramm und Regierungserklärung ähnlich wie Wahlrede und parlamentarische Rede dadurch, daß Zukunftsentwürfe und politische Aktion in einem unterschiedlichen Mischungsverhältnis thematisiert werden. So dürfte z.B. die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner außerhalb des Parlaments regelmäßig schärfer ausfallen.

Die politische Auseinandersetzung bedient sich einer Terminologie, die sich aus zwei großen Bereichen zusammensetzt: Der Fachsprache der Politik, deren Begriffe aus den von der Politik zu behandelnden Fachgebieten (Ökonomie, Technik, Recht, Organisation etc.) entlehnt wurden, und der Meinungssprache, die die Grundorientierungen und Zukunftsentwürfe der Politik widerspiegeln soll. Beiden "Sprachen" gemeinsam ist die hohe Abstraktionsebene. Sie ist die Folge der ausgeweiteten Distanz zwischen der unmittelbaren Erfahrbarkeit von Zusammenhängen und der Notwendigkeit, sie dennoch zu beurteilen². Während jedoch die Fachsprache der Politik den Eindruck hoher Rationalität erzeugt, indem die entlehnten Fachtermini die Lösbarkeit der politisch-organisatorischen Fachfragen signalisieren, wirkt die Meinungssprache irrational. Die mangelnde Präzision, die unterschiedlichen und widersprüchlichen Interpretationsmöglichkeiten und die dadurch ermöglichte emotive Ausstrahlung ihrer Termini, vor allem aber die polarisierende Organisation ihrer Begriffsfelder bewirken den Kontrast von mangelnder Rationalität der Meinungssprache und rational durchwirkter Fachsprache.

Die Sprache der politischen Propaganda bedient sich beider "Sprachen". Die aus Werten abgeleiteten und deshalb rational nur immanent begründbaren Zielvorstellungen der Politik, die in der Meinungssprache ausgedrückt werden, werden durch eine Vermischung mit der Fachsprache der Politik rationalistisch eingefärbt, um so dem Bedürfnis nach rationaler Begründung von Politik Rechnung zu tragen. Ähnlich kann sich auch die Irrationalität der Meinungssprache auf die Fachsprache übertragen, wie die sprachliche Seite der Diskussion um Kernenergie exemplarisch deutlich macht. Die gegenseitige rationale und irrationale Einfärbung von Fach- und Meinungssprache gibt der Sprache der politischen Auseinandersetzung zusätzliche Wirkungsmöglichkeiten. Sie bleiben unerkennbar,

wenn dieser Sprachgebrauch allein als "Sprache der Ideologie" verstanden und dann auch oft – aus der Forderung nach Rationalität heraus – negativ bewertet wird. Sie bleiben auch dann unerkennbar, wenn politisches Sprechen nicht als das verstanden wird, was es bezweckt: nämlich Zukunft zu antizipieren, Gegenwart zu rechtfertigen oder zu verwerfen und Vergangenheit zu bewerten. Oder: Um es mit der jetzt zu Bühnenehren gekommenen Fragetrias zu formulieren: Woher kommen wir? Wer sind wir? Wohin gehen wir?

Die Sprache der Politik will Handlungsentwürfe anbieten; der Austausch von Informationen ist subsidär, er dient der Begründung der vorgeschlagenen Handlungsentwürfe. Die Prädominanz der Handlungsdimension im politischen Sprachgebrauch überlagert die Informationsfunktion nicht nur, sondern sie bindet Informationen an politische Zwecke. In der polarisierten Struktur der politischen Auseinandersetzung enthält jede für die Politik relevante Information eine potentielle Dynamik, die die politischen Gruppierungen zu ihren Gunsten sprachlich zu entfalten oder auszublenden versucht.

Dies ist der Grund dafür, daß in der Politik – anders als in der Wissenschaft – Informationen nicht allein in dem Vertrauen gegeben werden, daß Interessierte sie aufnehmen und verarbeiten; vielmehr werden sie bewertet, in Zusammenhänge hineingestellt und – je nach vermuteter Bedeutung – möglichst oft im Kontext der Bewertung repetiert, um so eine größtmögliche Zahl von Mitbürgern zu erreichen. In der Politik endet der Handlungskreis nicht wie in der Wissenschaft mit der Information, sondern er beginnt mit ihr. Am Ende steht das Ziel: die angestrebte Veränderung oder Stabilisierung der Machtsituation – es ist so unvermeidlich, daß sich die Praxis der Information ebenso wie ihre sprachliche Einkleidung an diesem Zweck ausrichtet.³ Auch wenn dieser Zweck nicht erkannt oder verborgen wird, durchwirkt er die öffentliche Präsentation der Information. Die Anstrengungen vor allem totalitärer Systeme, die Informationsinstanzen total zu kontrollieren und eine gleichgeschaltete sprachliche Bewertung sicherzustellen, unterstreichen die Bedeutung, die der politischen Informationsgebung beigemessen wird. Die Informationsinstanzen machen sich das Bedürfnis der Bürger nach Information zunutze, um deren Meinungsbildung und Verhalten zu steuern. Ob der Zweck und damit auch die politische Einfärbung der Informationsgebung erkannt wird oder nicht, die den Bürger erreichenden Informationen entlasten ihn von dem Dilemma zwischen Meinungszwang und Meinungsunfähigkeit, indem sie ihn über das unterrichten, worüber er keine persönliche Erfahrung gewinnen kann.

Für die Analyse des politischen Sprachgebrauchs ergibt sich hieraus, daß eine Beschränkung allein auf das Sprachmaterial die wesentliche Dimension politischen Sprechens verfehlt. Wenn der politische Zweck des Sprechens nicht berücksichtigt wird, bleibt die Handlungsdimension der politischen Sprache ausgespart. Es ist deshalb unzureichend, politische Äußerungen als Texte nur im Kontext von Texten zu verstehen, denn sie gewinnen ihre Bedeutung als Texte nur im Kontext von Handlungen⁴. Denn politischer Sprachgebrauch bezieht sich immer auf gegebene politische Situationen. Selbst darstellende Sätze werden durch den politischen Kontext mit Wertungen so aufgeladen, daß sie Aktionscharakter erhalten, indem sie dem Adressaten Handlungen oder Unterlassungen nahelegen. Die politische Sprache fungiert als Handlungsleitsystem⁵ so lange, wie Politik nicht ersetzt wird durch Anpassung an sogenannte Sachzwänge oder aber zu Mitteln der Gewalt greift.

Wer Politik als Aufgabe der Gestaltung und damit auch der Entscheidung versteht, muß damit hinnehmen, daß ein großer Teil der Politik sich mit dem Entwurf von Handlungszielen und den Voraussetzungen ihrer Verwirklichung beschäftigt. Handlungsziele sind nicht evident und für jedermann einsehbar, sondern gründen auf unterschiedlichen Werten. Unter den Funktionsbedingungen moderner politischer Systeme müssen sie jedoch so formuliert sein, daß sie eine möglichst breite Unterstützung erhalten. Die Sprache der politischen Propaganda, in der die Ziele politischen Handelns ausgedrückt werden, muß deshalb so flexibel sein, daß ihre Überredungs- und Überzeugungskraft nicht am Widerstand von Wirklichkeits-Perzeptionen scheitert, die Protagonisten konkurrierender Handlungsziele aufgebaut haben.

Eine Gesellschaft bleibt politisch strukturlos und handlungsunfähig, so lange politische Ziele nicht gebündelt und so wirksam werden. Politische Integration wird so von gemeinsamen Wert- und Zielvorstellungen geleistet. Die Integration setzt nicht die totale Identität politischer Werte und Ziele voraus, wohl aber die relative Identität der Wertsysteme der unterschiedlichen politischen Gruppen, die in der politischen Auseinandersetzung einen relativen politischen Gesamtwillen überhaupt erst konstituieren. Die Sprache leistet dieser für jedes politische System unabdingbaren Integration dadurch ihren Dienst, daß sie die Mittel anbietet, Werte und Ziele zu formulieren. Dies geschieht durch die in der Sprache nur unzulänglich abbildbaren Entwürfe für die Gestaltung der Zukunft, durch Ideologien. Dies sind sprachliche Gebilde, deren Wirksamkeit nicht aus ihren notwendigerweise unterschiedlichen Wertprofilen und deshalb keineswegs für jeden nachvollziehbaren Begründungszusammenhängen verständlich wird, sondern durch ihre monologische

Struktur. Sie bezieht ihre Faszinationskraft durch die Steigerung einer oder weniger Werte zu einem nicht weiter begründbaren Wertsystem; alle anderen Wertsysteme werden so relativiert. Diese Radikalisierung verfolgt eindeutige Zwecke, befreit von Zweifel und Unsicherheiten und erlaubt Gewißheit und Selbstsicherheit. Die Integrationsleistung von Ideologien hängt deshalb ab von ihrer Flexibilität als der Voraussetzung ihrer Überzeugungskraft.

Diese Flexibilität prägt auch die Sprache der Politik, insbesondere die der politischen Propaganda. Die geringe Präzision ihrer Begriffe kann nicht als Mangel, sondern muß als Bedingung ihrer Wirksamkeit begriffen werden. Der Mangel an inhaltlicher Präzision ist so als Vorbedingung für breite Verständlichkeit wie für Anpassungsfähigkeit an Unvorhergesehenes zu verstehen.

III.

Alltagssprache und die Sprache der politischen Propaganda unterscheiden sich vor allem im Stellenwert und in der Gebrauchshäufigkeit von Begriffen. Die Sprache der Politik ist eine Sprache der Begriffe. Selbst wenn sie Wörter aus der Alltagssprache entleiht, verleiht sie ihnen oft den Rang von Begriffen, den diese dann wieder verlieren, sobald sie aus dem politischen Kontext entlassen werden. Begriffe sind nicht nur Symbole wie Wörter, die als Namen oder Zeichen für einen Gegenstand oder eine Substanz stehen. Die Bedeutung von Wörtern wird durch den allgemeinen Sprachgebrauch geregelt, während Begriffe Sprachgebrauch mit normierter oder normierender Bedeutung sind. Begriffe sind verdichtete Symbole, die für Zusammenhänge stehen und durch sie bestimmt werden. Erst in diesen Zusammenhängen, die unterschiedlich sein können, erhalten sie ihre Bedeutung. Ohne diese Zusammenhänge sind sie unvollständig, ergänzungsbedürftig oder "ungesättigt"⁶.

Diese Feststellung trifft in besonderer Weise auf die Begriffe zu, mit deren Hilfe soziale Ereignisse und Entwicklungen beschrieben werden. Für historische und politische Entwicklungen ist es kennzeichnend, daß sie nicht monokausal erklärt werden können, sondern nur durch die Bündelung einer Vielzahl von Ursachen, deren jeweilige Antriebskraft für den in Gang gesetzten Prozeß selten genau zu berechnen ist. Die Einschätzung richtet sich an unterschiedlichen Werten und Zielvorstellungen aus, an der sich auch die Begriffsbildung für die Beschreibung sozialer Phänomene orientiert.

Meist geschieht die Begriffsbildung durch die Herauslösung eines in einer gegebenen politischen Situation festgestellten Merkmals, das abstrahiert

und generalisiert wird. So war z.B. der Begriff "Absolutismus" als Postfestum-Signatur einer bestimmten Periode der europäischen Geschichte erfolgreich, weil er die absolute Verfügungsgewalt von Herrschern über ihre Untertanen auf einen Begriff gebracht hat, der das unterschiedliche Selbstverständnis beispielsweise der preußischen und der französischen Könige, unterschiedliche Rechts- und Regierungssysteme, unterschiedlich politische und soziale Bedeutungen von Adel, Kirche, Militär und Bürgertum ebenso ausklammert wie Entwicklungen, die der Absolutismus zu seiner eigenen Überwindung in Gang setzte.

Die Steigerung eines oder mehrerer Merkmale zur Dominanten, die einem Begriff seiner Bedeutung gibt, ermöglicht es ihm, als "mehr oder weniger stabilisiertes, elementares oder entwickeltes geistiges Konzept der Orientierung"⁷ zu fungieren. Die Wahrnehmung von historischen und politischen Prozessen geschieht durch ein Raster von Begriffen, deren analytische und utopische Elemente aus selektiven Perzeptionen gewonnen werden. Im Kontrast dazu steht, daß zumindest im sozialen Bereich die Anwesenheit oder Abwesenheit eines Merkmals oder einer Merkmalkombination meistens eine graduelle Frage ist. Sie ist noch schwerer zu beantworten, falls es darum geht, eine Reihe von Merkmalen, die in verschiedenen Variationen auftreten, auf den Begriff zu bringen.

Weil Begriffe "Orientierungen über Orientierungen"⁸ sind, weil durch ihre Raster Nuancen und fließende Übergänge fallen, weil sie mit Werten aufgeladen sind, eignen sie sich für die Politik als Mittel des Kampfes um Macht. Wörter, die man sich ohne Kontext denkt, können nicht lügen. Sie können aber täuschen, wenn sie in einen politischen Kontext gebracht werden, etwa durch eine "und"-Fügung, wie sie die Nationalsozialisten zur Verbindung von "Blut und Boden" benutzt haben. Aber: "Begriffe können lügen, denn unausgesprochen steht der Kontext hinter ihnen", wie beispielsweise der Begriff "Endlösung" klarmacht⁹.

Begriffe, welche im politischen Kontext häufig Verwendung finden, verfügen über eine ausgeprägtere Handlungsdimension, als sie für den Sprachgebrauch in anderen Bereichen des Lebens charakteristisch ist. Sie gewinnen diese Handlungsdimension aus ihrer Unbestimmtheit und Kontextabhängigkeit, aus ihrer Fundierung durch oft gegensätzliche Wertungen und Generalisierungen. Die Sprache der politischen Propaganda macht sich die präskriptive Dimension ihrer Begriffe zunutze, indem sie die ihnen zugrunde liegenden Wertsetzungen nicht explizit erläutert, sondern darauf vertraut, daß diese mit den Begriffen in das Bewußtsein der Adressaten einfließen.

Bei den in der Politik verwendeten Begriffen können drei Hauptarten von Typenbegriffen¹⁰ unterschieden werden, in denen die Handlungsdimension in unterschiedlicher Weise ausgeprägt ist: Klassifikatorische Typen, wie die klassischen Staatsformbezeichnungen "Monarchie", "Aristokratie", "Republik"¹¹ versuchen, feststellbare Merkmale mit bestimmten Eigenschaften von Herrschaftssystemen zu kontrollieren. Anders als klassifikatorische Typenbildungen, z.B. in den Sozialwissenschaften, sind ihre Nachfolger wie "Demokratie", "Faschismus" und "Sozialismus" heute auch stark wertgeladen und so weniger geeignet, einem größeren Adressatenkreis ein Phänomen zu beschreiben, ohne es zu bewerten. Dies gelingt bestenfalls durch die Hinzufügung von Attributen wie in den Kombinationen "konstitutionelle Monarchie" und "parlamentarische Demokratie", die auf diese Weise Merkmale mit Verfassungssystemen kombinieren, um Unterscheidungen mit zurückgenommenen Bewertungen zu treffen.

Sehr viel deutlicher wird die Wertsetzung bei den Extremtypen der Politik, wo ein Kontinuum durch eine künstliche Grenze in zwei Teile getrennt wird. Nicht nur das Rechts-Links-Schema verdankt dieser sehr veränderbaren und unterschiedlich gezogenen Trennlinie seine unerschöpfliche Lebenskraft, sondern das mit ihm verbundene Gegensatzpaar "Konservatismus – Fortschritt".¹² Politische Positionen geraten regelmäßig zwischen diese Gegensätze, ohne die Kraft aufzubringen, deren Schematismus aufzubrechen. In der Wissenschaft gelingt dies oft. Extremtypen dienen hier der Anstrengung, Varianten deutlich zu machen, ein "sowohl als auch" und ein "mehr oder weniger" herauszuarbeiten, wobei davon ausgegangen wird, daß reine Extremtypen absolute Ausnahmen bleiben.

Die dritte Hauptart von Typenbegriffen sind Idealtypen¹³; ihre Eigenschaften prägen den Charakter der politischen Sprache in besonderer Weise. Sie sind gedankliche Konstrukte, gewonnen aus der einseitigen Steigerung eines oder mehrerer Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht vorhandener Einzelercheinungen, die sich zu einem Gedankenbild fügen. In seiner begrifflichen Reinheit ist der Idealtyp empirisch nicht vorfindbar, er "ist eine Utopie, ein Grenzbegriff, mit dem konkrete Phänomene nur verglichen werden können, um einige ihrer bedeutsamen Bestandteile herauszuarbeiten"¹⁴.

Es ist vor allem ihre idealtypische Verwendung, die Schlüsselwörter in Geschichte und Politik erfolgreich macht. Mit ihrer Hilfe kann die unzulängliche Gegenwart vor der Instanz der Zukunft angeklagt werden. Begriffe wie "Freiheit", "Gerechtigkeit" und "Solidarität", aber auch "Demokratie"¹⁵ und "Sozialismus"¹⁶ sind Schlüsselwörter, die Parteinarbeit

verlangen, welche der Adressat kaum verweigern kann. Schlüsselwörter sind an einem Begriff festgemachte Zukunftsentwürfe mit Vergangenheitsdeutungen, die politische Philosophien suggerieren, ohne sie deutlich zu explizieren. Sie tendieren zu Utopien und geben sich aus als Realitäten, zumindest als realisierbare Projektionen. Sie harmonisieren Abstufungen, Unterschiede und Widersprüche und verzichten so auf Konturen. Sie erheben den Anspruch von Gesamtlösungen und erschweren Teillösungen. Sie setzen auf Gesetzmäßigkeiten und Strukturen und sprechen sich so gegen Einzelfaktoren, Individuelles und Zufall als Beweggründe für Entwicklungen aus¹⁷. Sie erwecken so den Anschein von Voraussehbarkeit und Planbarkeit und damit auch von Rationalität und wollen dafür ihre irrationale Faszinationskraft einsetzen. Dennoch sind sie ebenso unverzichtbar für das Verständnis von Geschichte und Politik wie für die politische Praxis. Durch die für Schlüsselbegriffe typische, nicht auflösbare Spannung zwischen unbestimmter Bedeutung und ausgeschnittener Meinung, durch ihre von der Geschichte herrührende emotive Ausstrahlung gewinnen sie eine Dynamik, die sie sowohl zu Indikatoren wie als Faktoren politischer Entwicklungen werden läßt¹⁸. Diese politische Integrationsleistung macht die Begriffe unverzichtbar für die politische Auseinandersetzung.

IV.

Die Integrationsleistung der politischen Sprache erfordert einen hohen Preis: den Preis einer mangelnden Präzision ihrer Begriffe. Gerade weil die Sprache der Politik eine Sprache der Begriffe ist, wird ihre mangelhafte Präzision augenfällig und ohrfällig. Man kann diesen Gedanken allerdings auch in umgekehrte Richtung bringen. Je höher die Präzision der politischen Begrifflichkeit, je genauer sie eine politische Vision oder eine gegebene Lage auf einen Begriff bringt, desto geringer wird ihre Integrationsleistung, desto sektoraler oder ephemerer ihre Fähigkeit, für dieses Erklärungskonzept Unterstützung zu gewinnen. Die Kritik an der mangelnden Präzision der politischen Sprache wird so zu einem Kompliment für ihre Integrationsleistung, welche nur von einer 'Sprache für alle' aufgebracht werden kann. Die Kritik an der mangelnden Präzision der politischen Sprache beschäftigt sich nur vordergründig ausschließlich mit der sprachlichen Seite der Politik. Diese Feststellung ist deshalb von Bedeutung, weil sich die Sprache der Politik als eine Sprache der Begriffe nur im Kontext von politischen Handlungen verdeutlicht. Das ist der Grund, weshalb Kritik an der politischen Sprache von politischer Kritik nicht zu trennen ist. Unausgesprochen mitkritisiert werden stets politische Inhalte, welche sich in politischen Handlungen und ihrer sprachlichen

Artikulation dokumentieren. Und dies ist nicht nur legitim, sondern das Überlebenselixier der Demokratie. Bei der Sprache der Politik gewinnt also die Sprachkritik eine politische Dimension, zu der sie sich bekennen sollte. Diese politische Dimension der Sprachkritik wendet sich vor allem den Politikern zu. Sicherlich sind die Politiker in der parlamentarischen Demokratie auch verantwortlich für die Sprache, in der sich demokratische Politik repräsentiert. Sie sind aber nicht alleine verantwortlich. Ein hohes Maß an Verantwortung für unsere politische Sprachkultur tragen die Massenmedien und unter ihnen besonders das Fernsehen. Untersuchungen über Fernsehnachrichtensendungen¹⁹ haben gezeigt, daß deren sprachliche Verständlichkeit extrem niedrig ist, sie jedoch durch die Bebilderung so kompensiert wird, daß der Zuschauer der Suggestion erliegt, Politik nachvollziehen und aufgrund der präsentierten Informationen beurteilen zu können.

Die Demokratie ist ein politisches System, das vom Gesetz der großen Zahl regiert wird. Es kann nicht den Anspruch erheben, Wahrheit offenzulegen, es produziert "nur" Mehrheiten für politische Programme, die damit dennoch nicht aus der Auseinandersetzung mit konkurrierenden Programmen entlassen werden. Das hat auch Konsequenzen für die Sprache der Politik. Handelnde Politiker sind darauf angewiesen, von möglichst vielen verstanden zu werden, weil sie Mehrheiten gewinnen oder erhalten wollen. Eine demokratische Sprachkultur hat deshalb immer einen antielitären Soupçon. Dem sprechenden Politiker hilft der Beifall einiger nur wenig; er muß am Beifall die Vielen interessiert sein. Sein Wunsch nach dem Beifall aller bleibt ein unerfüllbarer Traum, glücklicherweise. Sprechen, sich sprachlich verständlich machen und auch sich verständigen können — diese Fähigkeit wird dem Politiker in der Demokratie ebenso abverlangt, wie seine Bereitschaft, Kritik auch an seiner Sprache hinzunehmen. Hugo Steger hat von der Würde der alltäglichen Sprache gesprochen. Ich glaube, daß sich mit gleichem Recht auch über die Würde der politischen Sprache sprechen läßt, sofern sie das leistet, was sie leisten soll: ein hohes Maß von Verständlichkeit zur Verfügung zu stellen, das die Politik als die Sache von allen nicht nur für wenige reserviert.

Anmerkungen

- 1 Gottfried Wilhelm Leibniz: Ermahnung an die Teutschen, ihnen verstand und sprache beßer zu üben, samt beygefügeten vorschlag einer Teutsch gesintten Gesellschaft. 1682/83. Erstveröffentlichung: Hannover 1846. Wiederabdruck in: Wissenschaftliche Beihefte zur Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, Heft 29 (1907), S. 292 - 312; Zitate: S. 300, 302 f. Zit. nach Hugo Steger: Über die Würde der alltäglichen

Sprache und die Notwendigkeit von Kultursprachen, Bibliographisches Institut Mannheim/Wien/Zürich 1982, S. 25.

- 2 Vgl. hierzu: Eckart Pankoke: Sprache in "sekundären Systemen". Die soziologische Interpretation sprachkritischer Befunde, in: Soziale Welt, Jg. XVII, 1966, S. 253 ff.
- 3 Hermann Lübbe: Der Streit um Worte. Sprache und Politik, in: ders., Bewußtsein in Geschichten. Studien zur Phänologie der Subjektivität, Freiburg i. Br. 1972, S. 140.
- 4 Ebd.
- 5 Siegfried J. Schmidt: Sprache und Politik. Zum Postulat rationalen politischen Handelns, in: Annamaria Rucktäschel (Hrsg.), Sprache und Gesellschaft, München 1972, S. 91; Aldous Huxley schreibt: " 'Bloße Worte' sagen wir verächtlich und vergessen dabei, daß Wörter die Macht haben, das Denken der Menschen zu formen, ihre Gefühle in bestimmte Richtungen zu lenken, ihr Wollen und Handeln zu bestimmen. Unser Verhalten und unser Charakter wird weitgehend von der Natur der Wörter bestimmt, die wir ständig gebrauchen, um über uns selbst und die uns umgebende Welt zu sprechen" (Words and their Meanings, Los Angeles 1940).
- 6 Gottlob Frege: Funktion, Begriff, Bedeutung. Fünf logische Studien, hrsg. von Günther Patzig, Göttingen 1974, S. 22.
- 7 Ernst Wolfgang Orth: Theoretische Bedingungen und methodische Reichweite der Begriffsgeschichte, in: Reinhard Koselleck (Hrsg.), Historische Semantik und Begriffsgeschichte, Stuttgart 1978, S. 141.
- 8 Ebd., vergl. hierzu auch Stanislaw Andreskj: Die Hexenmeister der Sozialwissenschaft. Mißbrauch, Mode und Manipulation einer Wissenschaft, München 1977, S. 163.
- 9 Vgl. hierzu: Harald Weinrich: Linguistik der Lüge. Heidelberg 1967, S. 37.
- 10 Vgl. für das folgende: Carl G. Hempel: Typologische Methoden in der Sozialwissenschaft, in: Ernst Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln-Berlin 1965, S. 85 - 103.
- 11 Karl Dietrich Bracher: Schlüsselwörter der Geschichte, Düsseldorf 1978, S. 26.
- 12 Vgl. hierzu z.B. Niklas Luhmann: Der politische Code. "Konservativ" und "progressiv" aus systemtheoretischer Sicht, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 21, Heft 3, 1974, S. 253 - 271. Luhmann geht vom Kontrastreichtum der politischen Sprache aus und weist der Unterscheidung zwischen konservativ und progressiv die Funktion eines "primären politischen Mechanismus" zu (ebd., S. 253).
- 13 Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1952, S. 191 ff. An anderer Stelle kennzeichnet Max Weber Idealtypen "als Gebilde jener Art ... welche je in sich die konsequente Einheit möglichst vollständiger Sinnadäquanz zeigen, eben deshalb aber in dieser absoluten reinen Form vielleicht ebensowenig je in der Realität auftreten wie eine physikalische Reaktion, die unter der Voraussetzung eines absolut leeren Raumes errechnet ist" (ebd., S. 10).

- 14 Hempel [Anm. 10].
- 15 George Orwell schreibt bereits 1946: Begriffe wie Demokratie und Sozialismus haben verschiedene Bedeutungen, "die nicht miteinander zu versöhnen sind. Für einen Begriff wie Demokratie gibt es nicht nur keine anerkannte Definition, sondern auch jeder Versuch, eine zu erreichen, wird überall auf Widerstand stoßen. Denn es wird überall gespürt, daß wir ein Land loben, indem wir es demokratisch nennen: deshalb beanspruchen die Verfechter von jeder Art politischer Herrschaft, daß sie eine Demokratie sei, und befürchten, den Begriff nicht mehr verwenden zu können, falls er mit einer bestimmten Bedeutung verknüpft wird. Begriffe dieser Art werden oft in einer bewußt unehrenhaften Weise verwendet, z.B. dann, wenn jemand sie in seiner privaten Definition verwendet und seinen Zuhörer in dem Glauben beläßt, der Sprecher meine etwas vollständig anderes" (George Orwell: *Politics and the English Language*, in: *Collected Essays*, London 1961, S. 353 - 367, für das Originalzitat vgl. S. 359). Für die Bedeutung der Sprache als Mittel der politischen Kontrolle im Totalitarismus vgl. die "Kleine Grammatik" in seinem utopischen Roman *Neunzehnhundertvierundachtzig*, Zürich 1950.
- 16 Die historische Karriere des Schlüsselwortes "Sozialismus" untersucht Claus D. Kernig: *Sozialismus. Ein Handbuch*. Bd. 1, Von den Anfängen bis zum Kommunistischen Manifest, Berlin-Köln-Mainz 1979. Kernig arbeitet heraus, daß der "Zeitalterbegriff" Sozialismus allen Anforderungen entsprach, dem sich Entwürfe zur Ausgestaltung von Lebensordnungen stellen müssen. Sie sollten sein 1) "simpel verheißungsvoll", 2) "massenwirksam", 3) "moralisch konstruktiv in einer umorientierungsbedürftigen Zeit", 4) "komplizierungs- und differenzierungsfähig", 5) "individuell und gesellschaftlich verpflichtend", 6) "handlungsweisend" und 7) "herrschaftslegitimierend" und "institutionsbegründend" (ebd., S. 23 ff.), vgl. hierzu auch die Diskussion bei Hans Müller: *Ursprung und Geschichte des Wortes "Sozialismus"*, Hannover 1967, sowie die Studie von L(udwig) H(einrich) Adolph Geck: *Über das Eindringen des Wortes "sozial" in den deutschen Sprachgebrauch*, Göttingen 1963, der nachweist, daß "sozial" in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts in der deutschen Sprache heimisch wurde, während "Sozialismus" erst 20 Jahre später seine deutsche Karriere begann (ebd., S. 27 ff.).
- 17 Bracher [Anm. 11].
- 18 Reinhard Koselleck: *Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte*, in: ders. (Hrsg.), *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*, Stuttgart 1978, S. 29.
- 19 Erich Straßner: *Fernsehnachrichten. Zusammenfassender Bericht über die DFG-Projekte "Nachrichtensprache und der Zusammenhang von Text und Bild" und "Die semantische Verarbeitung und Nutzung audiovisueller Informationen der Fernsehnachrichten"*, in: *Media Perspektiven* 6/1981, S. 446.